

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

1.3.1932 (No. 51)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrueher-
Strasse Nr. 14
Verleger:
Nr. 953
und 954
Verkaufsstelle:
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Verwaltung:
G. K. u. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen inoffizieller Rabatt, der als Postersabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Strasse 14, zu senden und werden in Berücksichtigung des Winkels der Anzeigen berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontostandverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Knappheit, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Begünstigung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je für 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Sonderheft der Beilagen für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Sie Hindenburg!

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:
Wer die politischen Verhältnisse Deutschlands kennt und deren Entwicklung namentlich in den letzten Jahren aufmerksam verfolgt hat, wer wahrhaft national gefimmt und ein wirklicher Freund des Volkes ist, wer weiter in die Zukunft schaut und sich einen Überblick über die schweren Aufgaben zu schaffen versucht hat, an deren Lösung Deutschland zu arbeiten hat, der kann bei objektiver Prüfung seiner Stellungnahme zur Frage der Reichspräsidentenwahl nur zu einem Standpunkt kommen, daß es eine politische Unmöglichkeit ist, diese Frage zu einer einseitigen Parteilösung zu führen. Nur ein Reichspräsident, dessen überparteilichkeit anerkannt und dessen Autorität im ganzen Volke unbestritten ist, kann in engster Zusammenarbeit mit der jeweiligen Regierung die schweren Probleme zu meistern versuchen, welche Gegenwart und Zukunft dem deutschen Volke auferlegen.

Reichsminister Dr. Brüning hat in seiner Rede vor den Vertretern der Parteien im Reichstag ein Bild über unsere außenpolitische Lage gezeichnet, das in den dunkelsten Farben gehalten war. Ein Land nach dem andern schließt sich von Deutschland ab durch Zollschranken, die Zukunft der Reparationsfrage ist noch ungeklärt, die Abrüstungskonferenz befindet sich in der Gefahr, durch die Tätigkeit der politischen Ausschüsse in das französische Fahrwasser zu gelangen, die Litauer dürfen sich erdreisten, das Memelstatut zu verletzen, im Fernen Osten entbrennt ein Krieg, von dem noch niemand sagen kann, welche weltpolitischen Folgen daraus entstehen. Reparationsprobleme, Abrüstungsfrage, Sorge um das unter fremder Herrschaft stehende Deutschland, Erschwerung des Außenhandels, alles das sind Dinge, die die Interessen des deutschen Volkes so tief berühren, daß für die Bewältigung jeder einzelnen dieser Fragen die Bildung einer geschlossenen Front der Heimat eine unabwendbare Notwendigkeit wäre.

Auf keinen Fall aber werden wir das deutsche Interesse wahren, wenn wir in diesem historischen Augenblicke einer Zusammenballung außenpolitischer Schwierigkeiten und Gefahren uns in innerpolitischen Kämpfen und einen sich immer mehr vertiefenden Bruderkampf erschöpfen.

Der Weltkrieg hat mit dem Versailler Diktat nur einen formalen, vorläufigen Abschluß gefunden. Er ist mit den Mitteln der Diplomatie, der Wirtschaft und der Finanzen fortgesetzt worden. Jetzt stehen die eigentlichen Friedensverhandlungen um die Gleichberechtigung Deutschlands mit den andern Mächten in der Abrüstungsfrage, um die Befreiung von den Tributlasten bevor. Gleichzeitig ist auf einem Teilgebiet der Kampf um die Erhaltung des deutschen Volkstums entbrannt.

Sollen wir der Welt das Schauspiel bieten, daß der Deutsche wieder einmal, wie schon so oft in der Geschichte, innere Kämpfe ausficht, wo alles geschlossen nach außen zusammenhalten müßte?

Wer Kandidaten werden am 13. März um die höchste Würde des Reichs ringen. Der Kommunistenführer Thälmann kann bei einer politischen Betrachtung der Reichspräsidentenwahl aus dem Spiel gelassen werden. Für eine Wahl kommt er nicht in Betracht. Die Stimmengabe, die er auf sich vereinigen wird, kann lediglich ein Fingerzeig dafür geben, wie weit der Volkswille in Deutschland bereits Fuß gefaßt hat.

Die Kandidatur Brüning ist eine Fälschung. Ihre politische Bedeutung besteht im wesentlichen darin, daß ihre Aufstellung die inneren Gegensätze der sogenannten Garzburger Front nach außen hin hat in die Erscheinung treten lassen.

Ernsthafte Kandidaten sind nur Hitler und Hindenburg. Die Kandidatur Hitlers ist, das wird auch von nationalsozialistischer Seite nicht bestritten, eine reine Parteikandidatur. Ihr Sieg würde den schwersten inneren Kampf entfesseln, den wir gerade jetzt unter keinen Umständen brauchen können.

Ist aber die Kandidatur Hindenburg geeignet, das Volk zusammenzuführen im Kampf nach außen? Auf diese Frage gibt die kaum hinter uns liegende 4tägige Reichstagsdebatte eine bejahende Antwort. Die Behauptung der Opposition, daß die Kandidatur Hindenburgs nur eine Folge der Marzisten und des Zentrums sei, ist ein Argument für die Agitation, das in allen möglichen Abwandlungen vorgebracht wird, bis zu der Geschmacklosigkeit: „Hindenburg der Kandidat Crispiens“.

Rundgebungen für Hindenburg

Der Evang. Volksdienst in Baden für Hindenburg

In Karlsruhe war der Landesvorstand des Evangelischen Volksdienstes versammelt. Er faßte folgende Entscheidung: „Nach eingehendem Bericht des Reichstagsabgeordneten Dr. Ing. Schmecher (Wannheim) spricht der badische Landesvorstand des Volksdienstes der Reichstagsaktion sein volles Vertrauen und seinen Dank aus für das unbereite Festhalten an der grundsätzlichen Politik des Volksdienstes anlässlich der letzten Verhandlungen und Abstimmungen im Reichstag.“

Der Landesvorstand begrüßt das Eintreten der Fraktion für eine tatkräftige Siedlungspolitik und den Einsatz für die Wiederwahl unseres Reichsoberhauptes von Hindenburg, indem er sich einmütig zur Verantwortlichkeit und politischen Wieder-aufbauarbeit bekennt.“

Wahlaufruf der „Eisernen Front“

Die Reichstagsaktion der „Eisernen Front“ veröffentlicht unter der Parole „Wir schlagen Hitler“ einen Aufruf zur Reichspräsidentenwahl, in dem es u. a. heißt:

„Alle Mitglieder der „Eisernen Front“ gehen in diesem Kampf mit dem festen Willen, schon im ersten Wahlgang den Sieg zu erringen.“

Die politische Führung der „Eisernen Front“ hat das Ziel bestimmt. Weder ein Hitler noch ein Brüning darf Reichspräsident werden. Auch nicht mit Hilfe der Moskauer Gewalttäter, die mit der Kandidatur Thälmann ein Sprungbrett für Hitler stellen.

Weil Hindenburg den Eid auf die Verfassung nicht nur geschworen, sondern auch gehalten hat, weil er verfassungsmäßig sein Amt verfaßt, darum will man ihn vom Blatte stoßen. Der Weg zu Verfassungsbruch soll frei gemacht werden.

Hindenburg ist nicht ein Mann der „Eisernen Front“, aber Hindenburg steht gegen Hitler. Jede Stimme für Hindenburg ist ein Schlag gegen Hitler! Darum entscheidet sich die „Eiserne Front“ für Hindenburg und kämpft gegen Hitler.“

Aufrufe katholischer Verbände

Der Reichsführer der deutschen Hindenburg-Bünde und der Reichsjugendauschuss der Deutschen Zentrumspartei erlassen einen Wahlaufruf für Hindenburg, in dem es u. a. heißt: „In dem wilden Taumel der letzten Monate war uns Reichspräsident von Hindenburg der Fels nationaler Sicherheit und Festigkeit, auf den wir mit Vertrauen und Zuversicht schauen. Mit Hindenburg verbindet uns der Glaube an die deutsche Selbstbehauptung und an die Freiheit der Nation. Wir glauben an Deutschland, und wir wählen daher den Führer der deutschen Nation, wir wählen Hindenburg.“

Dr. von Raumer für Hindenburg

EW. Berlin, 1. März. (Rein-Tele.) Im Zusammenhang mit den Austrittserklärungen von Berliner Mitgliedern der Deutschen Volkspartei ist auch der Name des Reichsministers a. D. Dr. v. Raumer genannt worden. Dr. v. Raumer bittet nun mitzuteilen, daß es zwar zutrifft, daß er sich aus den Listen der Partei habe streichen lassen, aber mit der Begründung, daß er sich aus dem politischen Leben zurückziehen wolle. Das habe nichts mit der Aktion des Stadtverordneten Falz zu tun, im Gegenteil trete Dr. v. Raumer mit allen Kräften für die Kandidatur Hindenburgs ein.

Der Namenschild der „Emden“. Der britische Botschafter teilte dem Reichsminister die Absicht der australischen Regierung mit, das Namenschild des im Kriege untergegangenen Kreuzers „Emden“ als Anerkennung der ritterlichen Haltung der „Emden“-Besatzung zurückzugeben.

wie sie der Abgeordnete Rosenburg als Thema für eine öffentliche Versammlung gewählt hat.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Für Hindenburg treten im Reichstag ein die Landvolkpartei und die Deutsche Volkspartei, die beide in Opposition zur Regierung stehen. Für Hindenburg treten ein die Volkskonferantiven und die Wirtschaftspartei. Für Hindenburg treten ein zahlreiche Persönlichkeiten, die bis vor kurzem eine führende Stellung in der Partei Hugenburgs inne hatten.

Diese parteimäßigen Feststellungen geben aber noch kein vollkommenes Bild; es wäre ein leichtes, Tausende und aber Tausende von Persönlichkeiten aus dem kulturellen, wirtschaftlichen und religiösen Leben Deutschlands aufzuzählen, die über dem Verdacht stehen, die Interessen einer „schwarzroten Koalition“ unterstützen zu wollen und doch mit aller Kraft die Wiederwahl Hindenburgs anstreben, in der Erkenntnis der unabwendbaren Tatsache, daß eine einseitige Parteilösung bei der Präsidentenwahl neue Gefahren schwerster Art für das innen- und außenpolitische Leben in Deutschland heraufbeschwören muß.

Hindenburgs Kandidatur ist eine Volkskandidatur im besten Sinne des Wortes. Keine Partei kann Hindenburg für sich in Anspruch nehmen. Er gehört dem ganzen Volk, er dient nur seinem Vaterlande und keiner Partei.

Das deutsche Volk steht vor einer schicksalsschweren Entscheidung. Hindenburgs Wiederwahl würde — das ist gewiß — die einzige Möglichkeit sein, das deutsche Volk

*Waffenstillstand in Ostasien?

Völlig überraschend für die große Öffentlichkeit kommt die Mitteilung von einer Waffenstillstandskonferenz in Schanghai und von einer neuen Sitzung des Völkerbundsrats, die ihrer ganzen Tagesordnung nach einzig und allein dem Ziele diente, nunmehr endlich die Feindseligkeiten im Fernen Osten beizulegen.

Japan ist es gewesen, welches sich — zum Teil auf englische Vermittlung hin — plötzlich zu Verhandlungen bereit zeigte. Die Chinesen als die Angegriffenen waren ja von vornherein dazu bereit. Was hat nun dieses japanische Einlenken verursacht? Die dringenden Mahnungen des Völkerbunds waren bestimmt nicht die Ursache. Und irgendwelche Erwägungen moralischer Natur haben sicherlich auch nicht mitgesprochen. Es muß ein harter Zwang von Tatsachen gewesen sein, der in Japan die Neigung zu friedlichen Unterhandlungen verstärkte.

Man kann sich ungefähr denken, welche Tatsachen dies sind. Zunächst das entscheidende Faktum: der zähe und bis jetzt durchaus siegreiche Widerstand der Chinesen in Schanghai. Würde es den Japanern gelungen sein, die Chinesen bei Schanghai zu schlagen und aus dem dortigen Gebiet hinauszuerwerfen, so würde wahrscheinlich kein Mensch in Japan ruhigem Zuspruch zugänglich gewesen sein.

Aber dieses Faktum allein reicht wohl nicht zur Erklärung des Stimmungswandels in Japan aus. Ebenso wichtig sind folgende Nachrichten: erstens, daß neuerdings beträchtliche Truppenzusammenschüßungen Rußlands im Fernen Osten gemeldet werden, zweitens, daß die chinesische Nationalregierung die seit 1929 abgebrochenen Beziehungen zu Sowjetrußland wieder aufgenommen hat, und drittens, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika das Gros ihrer Schlachtflotte im Stillen Ozean konzentrieren.

Was die erste und zweite Meldung betrifft, so scheint man nun in Tokio mit der Möglichkeit eines ernsthaften Konflikts mit Rußland zu rechnen. Damit würde Japan, das bisher lediglich mit einigen festen Sufarenstreifen seine Ziele zu erreichen hoffte, unter Umständen vor die Notwendigkeit eines langwierigen Krieges gestellt werden, eines Krieges gegen China und Sowjetrußland. Der mutige Widerstand der Chinesen in Schanghai hat zweifellos die russische Energie neu belebt. Die militärische Kraft Japans wird nach den Vorgängen um Schanghai geringer eingeschätzt, als das bisher der Fall war.

Noch viel bedeutender aber ist die Konzentration der amerikanischen Schlachtflotte im Stillen Ozean. Natürlich wird von Washington aus versichert, daß es sich dabei nur um manövertchnische Probleme handle. Aber kein Mensch in der ganzen Welt wird solcher Begründung Glauben schenken. Die Vereinigten Staaten haben selbstverständlich ihre gesamte militärische Macht

zu befähigen, für die bevorstehenden außenpolitischen Entscheidungen sich die innere Geschlossenheit zu sichern, ohne die wir den Außengegnern hilflos ausgeliefert wären.

Diejenigen Männer und Frauen aus allen Volksschichten, welche sich für die Wiederwahl Hindenburgs einsetzen und Gegner einer einseitigen Parteilösung der Präsidentenwahl sind, tun dies aus dem bewußten oder unbewußten Gefühl heraus, daß Deutschland weitere revolutionäre Erschütterungen nicht mehr ertragen kann. Sie wollen Reformen, aber nicht Revolution. Sie wollen organische Fortentwicklung vom festen Boden des gegebenen Tatbestands aus. Sie wollen nicht den Sprung ins Dunkle, das Experiment mit lebenswichtigen Gütern des deutschen Staatsvolks. Sie wollen nicht, daß das Reich zu einer Versuchswerkstätte werde, wo praktische unerfahrene Laboranten ihre ersten Versuche im Auseinanderregieren machen könnten. Weil viele Millionen Deutsche in richtiger Erkenntnis der Sachlage und der Gefahren eine solche Entwicklung nicht wollen, deshalb ist es ihr heißer Wunsch, daß die Autorität Hindenburgs dem Reiche erhalten bleibt, solange es möglich ist.

Möchten alle Deutschen in diesen ersten Tagen der Entscheidung sich der ungeheuren Verantwortung bewußt sein, die sie dieses Mal mit der Abgabe des Stimmzettels auf sich nehmen. Bei der Gesamtlage Deutschlands in innen- und außenpolitischer Hinsicht können alle Erwägungen nur zu dem einen Fazit führen:

„N u n e r s t r e c h t f ü r H i n d e n b u r g.“

zu Wasser zusammengezogen, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Und in Tokio wird man sich über den Ernst dieser Maßnahme nicht im Unklaren sein.

Von Bedeutung sind schließlich auch die neuesten Nachrichten, die aus Japan selbst zu uns dringen. Danach haben sich die finanziellen Schwierigkeiten Japans mit jedem Tage verschlimmert. Und in den maßgebenden Kreisen der dortigen Wirtschaft und Industrie sei man der Meinung, daß ein vernünftiger Friedensschluß mit China für die Zukunft lohnender sei, als die Fortführung der jetzigen Aktion.

Während Japan einerseits noch neue Truppen bei Schanghai landen läßt, und auch neue Kämpfe um den Besitz der Wufungforts und Kiangwans entbrannt sind, unterhandelt man andererseits bereits über einen Waffenstillstand, und zwar auf der Grundlage ganz bestimmter japanischer Vorschläge.

Vom Völkerbundsrat ist gestern ebenfalls ein Vorschlag ausgearbeitet worden, der geeignet sein könnte, den Frieden im Fernen Osten wieder herzustellen. Wie gemeldet wird, hat auch der japanische Vertreter im Völkerbundsrat erklärt, Japan verfolge in Schanghai lediglich die Wahrung seiner Rechte, und die japanische Regierung sei bereit, mit anderen Mächten zusammenzuarbeiten, damit der Friede wieder hergestellt werde, unter der Garantie, daß die Ruhe und Sicherheit in der internationalen Konzeption gewahrt bleibe. Um diesen Zweck zu erreichen, hat Japan eine Round-Table-Konferenz in Schanghai unter Teilnahme der interessierten Großmächte empfohlen. Nach den Vorschlägen des Völkerbundsrats soll die Grundlage dieser Konferenz die Zusage Japans bilden, daß es keine politischen und territorialen Ziele in Schanghai verfolge, daß es kein besonderes japanisches Konzeptionsgebiet in Schanghai anstrebe und auch nicht die Absicht habe, eine besondere Begünstigung der japanischen Interessen in Schanghai durchzuführen.

Die Durchführung des Bahnspeditionsvertrags

Erweiterung des Rollfuhrdienstes

Am 1. März 1932 tritt im ganzen Reich die im Bahnspeditionsvertrag der Reichsbahn vorgesehene Neuordnung des bahnamtlichen Rollfuhrdienstes in Kraft.

Der bahnamtliche Rollfuhrdienst, der bisher nur die Abfuhr der Stückgüter an den Bestimmungsorten umfaßte, wird auf die An- und Abfuhr der hochwertigen Wagenladungen erstreckt.

Für diesen erweiterten bahnamtlichen Rollfuhrdienst übernimmt die Reichsbahn gegenüber den Versendern und Empfängern die gleiche Haftung, die sie nach der Deutschen Reichsbahnverkehrsordnung trägt. Bei der Anfuhr der Stückgüter und bei der An- und Abfuhr der Wagenladungen tritt diese Haftung der Reichsbahn neben die Haftung, die dem bahnamtlichen Rollfuhrunternehmer nach den gesetzlichen Bestimmungen als Spediteur gegenüber seinem Auftraggeber trifft.

Für die eigentlichen Rollfuhrleistungen gelten, soweit nicht örtlich niedrigere Gebühren festgesetzt sind, die im neuen Einheitsgebührenverzeichnis festgelegten Sätze als Höchstsätze. Die Gebühren, die eine mit zunehmendem Gewicht fallende Staffel haben, sind künftig für die An- und Abfuhr sowie für Fracht- und Eilgut und außerdem für jede Entfernung innerhalb der Rollbezirke der einzelnen Güterabfertigungen gleich hoch. Für Sendungen von 1 bis 50 Kilo ist ein Höchstsatz von 30 Pf., für Sendungen von 50 bis 100 Kilo ein solcher von 50 Pf., festgesetzt. Der Satz für je 100 Kilo einer 15-Tonnen-Rollleistung auf dem Wagenladungsverkehr beträgt 20 Pf.

Gefängnisstrafen wegen Verletzung eines Zeitungsvertrages. Der Hauptredakteur Eugen Weinbauer, der Schriftleiter Wilhelm Ritgen und der Buchdruckermeister Müller von der „Kämpfer nationalsozialistischen „Heißigen Volkswacht“ wurden von dem Schnellrichter wegen Vergehens gegen die Verordnung vom 8. Okt. 1931 zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Den Verurteilten wurde Bewährungsfrist zugewilligt, bei Weinbauer gegen eine Buße von 150 RM, und bei Ritgen gegen eine solche von 100 RM. Als die Zeitung vom 16. Februar bis 7. März 1932 verboten worden war, hatten die Schriftleiter die Herausgabe noch für den nächsten Tag vereinbart. Der Buchdruckermeister hatte angeblich in gutem Glauben die Manuskripte entgegengenommen und die Zeitung hergestellt.

Badisches Landes-Theater

Der Wildschütz

Unübersehbar groß wird die Zahl derer zwar nicht sein, die sich um das mit Ende der Spielzeit baldigst werdende Fach eines ersten lyrischen Baritons bewerben. Denn geeignete Vertreter sind noch immer selten, aber Herbert Hesse vom Duisburger Stadttheater zählt zweifellos zu der schon ernstlicher in Frage kommenden Hälfte. Eines ist uns allerdings bei seinem Gastspiel als Graf von Eberbach in der Vorhänge-Oper nicht ganz klar geworden. Das ist nämlich eine ausgesprochene Spielbaritonpartie, während Carsten Derner, den er ersetzen soll, bisher doch vorwiegend das lyrische Repertoire darzustellen hatte, wie ihm ja auch für die spezielleren Spielrollen in Karlheinz Böhm ein stets geeigneter Kollege zur Seite stand. Denkt man nun in der Tat daran, das eine Fach künftig quasi doppelt zu besetzen und das andere ziemlich leer ausgehen zu lassen? Das wäre immerhin ein Schritt, den man, zumal vor einer Verpflichtung des jetzigen Gastes, nachmals genau überlegen müßte, weil dieser gerade fast ausschließlich nur eine brauchbare Verwendung im Spielfach zu gewährleisten scheint. Dafür bringt Hesse in der Tat gute Routine, auch ausreichende stimmliche Mittel und den Vorzug deklamatorischer Verständlichkeit mit; in der einzigen größeren Arie (zu Beginn des dritten Aktes) zeigte er freilich deutlich genug, daß seinem Organ jeder lyrische Schmuck fehlt. Undenkbar wäre also z. B. sein Graf Luna im „Troubadour“ oder gar sein Don Juan und ein Graf Amadiva. Jedenfalls ist das ein Punkt, auf den man nachdrücklich hinweisen muß, vor allem, wenn es doch unbedingt darauf ankommt, in unserem stark verminderten Ensemble für jedes Hauptfach wenigstens eine vollwertige Solokraft zu besitzen. Daher empfiehlt sich — wir meinen schon im Interesse des Theaters — dringend, noch ein weiteres Gastspiel, bevor dann auch wir zu einem eventuellen Engagementsabschluß definitiv zu- oder abraten können.

Letzte Nachrichten

Die Unterredungen Tardieu's in Genf

Deutschlands Forderung auf Gleichberechtigung

Genf, 1. März. (Priv.-Tel.) Über den Inhalt der gestrigen Unterredung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten und dem deutschen Delegationsführer ist offiziell nichts bekannt geworden. Auch Tardieu lehnte es entschieden ab, eine Mitteilung über die Unterredung zu machen. Das der französischen Gruppe nahestehe, „Journal de Genève“ will erfahren haben, daß Tardieu vor allem versucht habe, von dem deutschen Delegierten eine konkrete Definition des von Deutschland vertretenen Begriffs der Gleichberechtigung zu erlangen. Vorkämpfer Radolny sei jedoch sehr zurückhaltend gewesen und habe auf alle Fälle seiner Regierung die endgültige Beantwortung der von Tardieu gestellten Fragen vorbehalten.

Danzig und Polen

Kontingentverhandlungen gescheitert

Warschau, 1. März. (Tel.) Nach einer Mitteilung der Pressestelle des Senats sind die Kontingentverhandlungen zwischen Danzig und Polen gescheitert, da die polnische Delegation, trotz weitgehenden Entgegenkommens Danzigs, unannehmbare Forderungen stellte, die darin gipfelten, daß Danzig jedes Eigenrecht in bezug auf die Danziger Handels- und Industriekontingente aufgeben solle.

Die polnische Delegation hatte weiter erklärt, daß sie im Falle der Ablehnung ihrer Forderungen weder die Kontrolle einschränken noch aufgeben würde, und daß sie auch nicht das geringste Entgegenkommen zeigen werde bei der Frage der Warenationalisierung. Nach diesen Erklärungen der polnischen Delegation hatte eine weitere Fortführung der Verhandlungen keinen Zweck mehr und die Danziger Delegation meldete daher die für die Danziger Wirtschaft notwendigen Kontingente an, die Polen nach den Beträgen als verbindlich anzuerkennen hat. Der Senat wird sich nunmehr erneut mit den notwendigen Maßnahmen beschäftigen.

Die Uebersicht

über die Abrüstungsvorschläge

Genf, 1. März. (Tel.) Außenminister Benesch hat als Berichterstatter des Hauptauschusses die ihm übertragene Ausarbeitung einer Übersicht über die der Abrüstungskonferenz unterbreiteten Abrüstungsvorschläge fertiggestellt. Diese Übersicht bildet ein umfangreiches Dokument von 45 Seiten, das heute dem Büro der Konferenz unterbreitet und dann den Delegationen zur Beratung überwiesen wird.

Sortdauer

der Kämpfe um Schanghai

Neuer Angriff der Japaner

Schanghai, 1. März. (Tel.) Nachdem gestern die Chinesen das ganze Gelände in Schanghai wieder zurückgewonnen hatten, das am Morgen die Japaner erlitten hatten, wüthete heute nacht in Schanghai einer der größten Brande, der dort bisher geerbt hat. Nachdem bei Einbruch der Dunkelheit das Artilleriefeuer etwas nachgelassen hatte, wurde wieder die ganze Nacht gekämpft. Bald nach Tagesanbruch hörte der Kampf in Schanghai auf.

Um 8.30 Uhr vormittags gingen die japanischen Streitkräfte an der ganzen Schanghai-Front erneut zum Angriff über. Sie drangen allmählich im Bezirk des Song-Few-Parkes in südlicher und westlicher Richtung vor. Die Chinesen leisteten erbitterten Widerstand. Auch an der Kiangwan-Front ist ein Angriff im Gange. Die japanische 11. Division in Stärke von 12.000 Mann ist an der Yangtse-Mündung gelandet worden.

Kurze Nachrichten

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beläuft sich für den Februar durchschnit auf 122,3 gegenüber 124,5 in dem Vormonat.

Auch ein Reichspräsidentenwahlkandidat. „Betriebsanwalt“ Gustav Winter, der Mann der vorgetempelten 1000-M-Scheine, der sich gegenwärtig in der Landesstrafanstalt in Großjena bei Naumburg aufhält, hat sich als Kandidat zur Reichspräsidentenwahl anstellen lassen.

Verwendungsgezwang für Kartoffelstärke. Wie aus Berlin mitgeteilt wird, wird der Verwendungsgezwang für Kartoffelstärke nach dem Zweck auf Grund der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 7. Oktober 1931 über den 15. April 1932 verlängert werden.

Der französische Botschafter in Berlin, Francois Boncet, hat sein Abgeordnetemandat niedergelegt, um sich vollständig der diplomatischen Berufslaufbahn zu widmen.

Das englische Einfuhrzollgesetz ist im Oberhaus angenommen worden, inzwischen vom König unterzeichnet worden und hat damit Gesetzeskraft erlangt.

Der russische Vorkontingentführer Litwinow ist am Montag über Berlin nach Moskau zurückgereist, um, wie es heißt, an einer wichtigen Sitzung des Außenkommissariats teilzunehmen.

Die weiße Kohle der Schweiz. Die Vollendung des Elektrizitätswerks von Serns-Niederbach erhöht die in der Schweiz erzeugte Kraft auf 2.530.000 Pferdestärken. Seit 1921 betrug die durch Vollendung neuer Kraftwerke sich ergebende Zunahme durchschnittlich 100.000 Pferdestärken im Jahr. Das in diesen Elektrizitätswerken investierte Kapital erreicht 600 Millionen Franken und die gesamte Energieerzeugung beläuft sich auf 6,5 Milliarden Kilowattstunden. Wenn diese Energiemenge durch moderne Dampfkräftwerke erzeugt werden müßte, so wären 3,5 Millionen Tonnen Kohle dazu nötig, die zu den gegenwärtigen Preisen auf 150 Millionen Schweizerfranken zu stehen kämen.

8,3 Millionen Arbeitslose in den Vereinigten Staaten. Der Präsident der amerikanischen Labour Party, William Green, veranschlagt die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten am 1. Februar auf 8,3 Millionen.

„Elektra“ wieder an der Pariser Großen Oper. Die Große Oper in Paris hat Donnerstagsabend „Elektra“ von Richard Strauss, die seit 1914 nicht mehr gespielt worden ist, mit großem Erfolg aufgeführt.

Die Durchführung der Preisüberwachung

Dr. Goerdeler über die Preisüberwachung

Der Reichskommissar für die Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, sprach am Montagabend im Rundfunk über den gegenwärtigen Zustand, die Auswirkungen, Hemmnisse und nach zu lösenden Aufgaben der Preisüberwachung.

Goerdeler ging näher auf die Entwicklung der Preisüberwachung ein und stellte fest, daß auf keinem Gebiete ein Steuerstreik zu einem Erfolge führen könne. Man müsse bedenken, daß die Preisüberwachung zu nichts anderem als zur Erhaltung der Arbeitslosen verwendet würden. Ursache zu weiterer Preissteigerung sei die Erhöhung des Butterpreises. Es bestehe hier aber begründete Hoffnung auf eine rückläufige Preisbewegung. Kritisch setzte sich Dr. Goerdeler auch mit der Brotpreisfrage auseinander. Die Aufgaben des Reichskommissars seien hier begrenzt, und es sei für ihn nicht möglich, die Roggenpreise zu beeinflussen, weil u. a. sonst der Roggenbau überhaupt gefährdet sein würde. Jedoch sei es durch entsprechende Maßnahmen gelungen, Einfluß auf eine vernünftige und ruhige Gestaltung der Roggen- und Roggenmehlpreise zu gewinnen, der zu Entspannungen führen müsse.

Im großen und ganzen sei eine Senkung des Index um 7 bis 9 Prozent erreicht worden und das sei ein Erfolg, wie er seit der Inflation noch niemals in so kurzer Zeit zu verzeichnen war. Die Regelung der Preise bei Markennartikeln war besonderen Schwierigkeiten begegnet. Mit einer weiteren Senkung der Preisgebühren könne vorläufig nicht gerechnet werden. Dr. Goerdeler betonte, daß er für die gebundenen Preise weitere Senkungen für notwendig halte. Im Augenblick müßte aber dieser Gesichtspunkt unter der Notwendigkeit zurücktreten, zunächst einmal in der Gesamtwirtschaft eine Beruhigung eintreten zu lassen.

Rückgang der Kraftfahrzeugsteuer

Bisher 11,3 Millionen Defizit

Berlin, 1. März. (Tel.) Die rückläufige Tendenz des Aufkommens aus der Kraftfahrzeugsteuer hält unentwegt an. Im Januar 1932 wurden infolge der starken Aufwendungsstellen von Kraftfahrzeugen aller Art im Deutschen Reich nur noch 10,8 Millionen Reichsmark an Kraftfahrzeugsteuer vereinnahmt, gegenüber 14,8 Millionen Reichsmark im gleichen Monat des Vorjahres, so daß sich allein im Januar bereits ein Ausfall von 3,6 Millionen Reichsmark ergibt. Insgesamt beträgt das Defizit aus der Kraftfahrzeugsteuer gegenüber dem im vergangenen Rechnungsjahr 1930/31 bis Ende Januar erreichten Betrag bereits 11,3 Millionen Reichsmark.

Amerikanische Flottenverstärkung im Pazifik

Eine Flotte gegen Japan

Das Marineministerium in Washington hat angeordnet, daß die Hauptmacht der amerikanischen Kriegsflotte im Stillen Ozean stationiert wird.

Die Stärke der amerikanischen Flottenreitkräfte, die sich nach Überführung des Gros der amerikanischen Kriegsflotte nach dem Stillen Ozean dann insgesamt dort befinden werden, beträgt 199 Kriegsschiffe, nämlich 12 Panzerkreuzer, 17 Kreuzer, 33 Unterseeboote, 81 Zerstörer, 3 Flugzeugmuttergeschiffe und 53 Hilfsdampfer. Es wird dann die größte Anzahl von amerikanischen Kriegsschiffen seit 1919 dort versammelt sein.

Offiziell wird diese Maßnahme in Washington damit begründet, daß die Kriegsschiffe der Atlantikflotte an den Manövern im Stillen Ozean teilnehmen sollen, weil eine „blaue Flotte“ versuchen wird, einige Punkte an der Küste des Pazifik zu besetzen, was die „schwarze Flotte“ vereiteln soll.

Hoover an Hindenburg

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hat auf die Glückwünsche des Reichspräsidenten zur Feier von Washingtons 200. Geburtstag mit nachstehendem Telegramm geantwortet:

„Euer Erzählen gültiger Beweise der Verehrung von Washingtons Andenken zum 200. Geburtstag des Gründers meines Landes habe ich erhalten. Gern benutze ich diese Gelegenheit, um Euer Erzählen und durch Sie der Reichsregierung und dem deutschen Volk namens der Regierung und des Volkes der Vereinigten Staaten sowie in meinem Namen gute Wünsche und Grüße zu senden.“
gez. Herbert Hoover.“

Redakteur Adolf Keller. Der Vorhänge des Landesverbandes der Presse Württembergs und Hohenzollerns (Württembergischer und Schriftstellerverein), Redakteur Adolf Keller, ist 66 Jahre alt in Stuttgart einem Herzschlag erlegen. Er war 33 Jahre lang am „Schwäbischen Merkur“ tätig und 28 Jahre hindurch stand er an der Spitze des genannten Vereins. Anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Verbandes wurde Keller 1929 von der Technischen Hochschule zum Ehrensenator ernannt. Der Verlorbene erfreute sich großer Sympathien und hoher Wertschätzung in den Kreisen seiner Berufsgenossen.

Der Rhein-Debenhofener Mosellanal. Der neugebaute 27 Kilometer lange Mosellanal von Weh bis Debenhofen geht seiner Vollendung und Inbetriebsetzung entgegen. Der Kanal, der auf einzelnen Partien als Seitenkanal neben der Mosel läuft, auf anderen Partien das Flußbett selbst reguliert und kanalisiert hat, ist wohl die größte Arbeit, die von Deutschland auf Reparationskonto im französischen Staatsgebiet ausgeführt wurde. Der Kanal soll später, wenn Deutschland seinen Teil des Moselllaufes kanalisieren wird, so erweitert werden, daß Rheinfähne von 1200 Tonnen ihn befahren können.

Kleine Chronik

In Soudesingen (Oberamt Neutlingen) wurde der Stationsvorsteher Reich heute nacht in seinem Dienstzimmer mit Schußwunden tot aufgefunden. Die Kasse soll unversehrt sein. Das Ergebnis der Untersuchung liegt noch nicht vor.

In dem Berliner Prozeß gegen die Generaldirektoren der Schultheiß-Baenninger AG. haben jetzt sämtliche Sachverständigen berichtigende Gutachten über die Angeklagten, besonders den Hauptangeklagten Rabenellenbogen abgegeben. Professor Brion bezeugt die von der Staatsanwaltschaft intrinmierten Geschäfte als in hohem Maße bedenklich und ungewöhnlich. Die Revisionskommission hätte es nicht einmal gewagt, nachzuprüfen, ob ihren „Beanstandungen“ überhaupt Rechnung getragen worden sei.

Im Prozeß wegen des Zusammenbruchs der Evangelischen Zentralbank in Berlin wurde Friedrich Paul Kund wegen Depotverbrechens und Bilanzverschleierung zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis, Adolf Kund wegen Beihilfe hierzu sowie wegen Betrugs zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Bei einer schweren Grubenexplosion in Bluefield (Westvirginia) sind zahlreiche Bergleute umgekommen. 22 wurden bereits tot geborgen.

Badischer Teil

Der Präsident des Landesfinanzamts Stamer tritt in den Ruhestand

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Der Präsident des Landesfinanzamts Karlsruhe, Geh. Finanzrat Wilhelm Stamer, ist mit Ablauf des Monats Februar wegen Erreichung der Altersgrenze in den dauernden Ruhestand getreten. Bei diesem Anlaß haben sowohl der Herr Reichspräsident als auch Herr Reichsminister der Finanzen dem Präsidenten Stamer die volle Anerkennung für die dem Reich geleisteten hervorragenden Dienste ausgesprochen. Auch der Herr Badische Staatspräsident hat im Namen der badischen Regierung seiner Anerkennung im gleichen Sinne Ausdruck verliehen.

Kranzniederlegungen am Grabe Eberts

Am Sonntag, dem 7. Todestage des ersten Reichspräsidenten Ebert, wurde in Heidelberg durch eine Abordnung des Stadtrates mit Bürgermeister Wieland an der Spitze, am Grabe Eberts ein Kranz der Stadt Heidelberg und ein Kranz der preussischen Staatsregierung niedergelegt. Auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat einen Kranz am Grabe niedergelegt.

Aus der badischen Industrie

Trohende Stilllegung der Uhrenfabrik Lenglich. Wie die „Freie Pz.“ erzählt, droht die Stilllegung der zum Jungbunzlauer-Konzern gehörenden und im Jahre 1851 gegründeten Uhrenfabrik Lenglich. Das Unternehmen war vor einigen Jahren von der Firma Jungbunzlauer übernommen worden und sollte stillgelegt werden. Durch eine gemeindliche Stützungsaktion (Erlaß der Gemeindefiskus, Gewährung eines Vorkaufes von 30.000 M) konnten die etwa 200 Arbeitskräfte weiter beschäftigt werden. Bedauerlicherweise scheint nun die damals gefundene Lösung vergeblich gewesen zu sein.

Tagungen

Die badischen Zahnärzte. Der Landesverband Baden im Reichsverband der Zahnärzte Deutschlands hielt seine diesjährige Hauptversammlung in Mannheim unter Leitung des langjährigen ersten Vorsitzenden, Zahnarzt Dr. Gaertner, Freiburg, ab. Von besonderem Interesse waren die Beschlüsse über die neue Studienordnung für Zahnärzte, die seit 1909 nicht mehr geändert wurde, jetzt aber durch Vertiefung der allgemeinen medizinischen Grundlagen sowohl in der inneren Medizin als auch in der Chirurgie den Anforderungen der modernen Wissenschaft angepaßt werden sollen. Die Neuwahlen ergaben einstimmig Wiederwahl. Als Tagungsort für die nächste Hauptversammlung wurde Forstheim bestimmt.

Bürgermeisterwahl. In Krozingen wurde beim gestrigen zweiten Wahlgang Gemeinderat Lauber zum Bürgermeister gewählt.

Aus der Landeshauptstadt Sichere dein Wahlrecht!

Zur Reichspräsidentenwahl sind nur die Reichsbürgerlichen zugelassen, die in einer Wählerliste oder Wahlkarte eingetragen sind. Listen und Karten werden von der Gemeindebehörde geführt, in der der Stimmberechtigte seinen Wohnsitz hat; sie werden vom Donnerstag, den 3. bis Sonntag, den 6. März, bei den Gemeindebehörden ausgelegt. Es ist Pflicht eines jeden Staatsbürgers, die Listen während der Auslegungszeit einzusehen oder durch eine zuverlässige Vertrauensperson einsehen zu lassen. Fehlt sein Name, so muß er dies sofort der Gemeindebehörde mitteilen. Eintrag in der Wählerliste ist Voraussetzung für die Anstellung von Wahlmännern, für solche Wähler und Wählerinnen, die sich am Wahltag auf Reisen befinden. Bei der großen Arbeit, die die Anlegung der Wählerlisten für die Gemeinden bedeutet und den zahlreichen Wohnungswechseln sind Versehen bei Anlegung und Fortführung der Listen nicht ausgeschlossen. Deshalb prüfe jeder Wähler die Listen auf Richtigkeit. Die Räume, in denen die Wählerlisten zur Einsicht aufliegen, werden durch Plakate oder in den Tageszeitungen bekanntgemacht.

In Karlsruhe werden auch diesmal wieder die Wahlberechtigten mit Karten, die gleichzeitig als Wahlausweis dienen, benachrichtigt, daß sie in der Wählerliste stehen und wo sie zu wählen haben. Die Versendung der Karten erfolgt noch im Lauf dieser Woche.

Todesfall. Aus Mannheim kommt die schmerzliche Kunde vom dem Hinscheiden des Redakteurs Konrad Steinfel, der von 1924 bis Januar 1931 Leiter der Karlsruher Zweigstelle des WZB war. Nach schwerer Krankheit hat ein Schlaganfall seinem Leben zu früh ein Ziel gesetzt. Aber 30 Jahre stand der erst 53jährige gebürtige Rheinländer im Dienste der Tagespresse. Lange Jahre Agenturleiter in Weß, mußte er mit dem Einzug der Franzosen den dortigen Posten verlassen. In das besetzte Mainz bezogen, erkrankte ihn und seine Familie wie so viele andere das Schicksal der Ausweisung. Nach kurzer Wirksamkeit in Frankfurt a. M. kam Konrad Steinfel 1924 nach Karlsruhe, zu Beginn des Jahres 1931 erfolgte seine Versetzung nach Mannheim. Tüchtig und gewissenhaft im Verufe, erzielte er sich auch als Mensch hoher Wertung in weiten Kreisen. Der Verstorbenen war langjähriges Mitglied des Reichsverbandes der Deutschen Presse, sowie des badischen Landesverbandes und des Vereins Karlsruher Presse. Auch der Hilfsbund der Elia-Rothbringer im Reich verlor in ihm ein gerechtes rühmliches Vorstandsmitglied. In Konrad Steinfel ist ein lieber Kollege von uns geschieden, der allen, die ihn kannten, unvergessen bleiben wird.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Dienstagmorgen: Die Wetterlage ist seit gestern unverändert geblieben, so daß das kontinentale Hochdruckgebiet seinen Einfluß auch morgen behaupten wird. **Voransage:** Fortdauer des trockenen und heißen Frostwetters bei östlichen Winden. **Wasserstände:** Badstätt 154 unverändert, Basel 58 plus 4, Schifferinsel 07 plus 3, Rheinweiler 222 plus 2, Rehl 144 unverändert, Maxau 305 minus 7, Mannheim 164 minus 7, Caub 109 minus 1.

Badische Lichtspiele - Kongerhaus. Eine Handlung voll dramatischen Geschehens bedeutet der Film „Die Chronik von Griesbusch“, nach einer Novelle von Theodor Storm. Was hier an menschlichen Leidenschaften alles zum Ausdruck kommt, kann leicht eine Familie aus der menschlichen Gesellschaft austreichen, so daß nur die Chronik eines Hauses übrigbleibt, als warnendes Beispiel für spätere Geschlechter. — Ein lobenswerthes Beginnen bedeutet es, daß wir in Heimatfilmen unserer schönsten Orte, Bäder usw. kennenlernen. Diesmal ist Bad Eilster aussersehen. — Die Deulig-Bodenschau bringt wieder die neuesten Geschehnisse.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der Zusammenbruch der Spar- und Darlehenskasse Lehen-Begehhausen

Dr. Freiburg i. Br., 29. Febr. Heute vormittag begannen die Verhandlungen der Großen Strafkammer unter Vorsitz von Landgerichtsrat Rosenfelder gegen die Angeklagten Ludwig Riesel, Wilhelm Ditsch, Hermann Jähringer, Karl Trescher, Albert Ditsch, Karl Glocker, Anton Brugger, sämtlich in Lehen-Begehhausen und Vorstands- bzw. Aufsichtsratsmitglieder der genannten Kasse, sowie gegen den Rechnung Franz Kab. Herz und den ehemaligen Fabrikanten Hermann Goll aus Ulm, früherem Besitzer der Pianoforte- und Harmoniumfabrik Goll UG. Die Anklage lautet auf Vergehen gegen das Genossenschaftsgesetz, gegen die Kontursordnung in Verbindung mit dem Handelsgesetzbuch, Betrug und Unterschlagung. Die Verhandlungen dauern voraussichtlich 14 Tage. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß der Prozeß aufklärend und nicht aufreizend wirken solle. Die Tragik solle hier nicht zur Sensation werden.

Nach der verlesenen Anklageschrift werden die Angeklagten beschuldigt, als Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder der obgenannten Kasse in ihren Darstellungen und Übersichten über den Vermögensstand der Genossenschaft und in der Generalversammlung die Genossen falsch orientiert zu haben.

Bei der gesetzlichen Revision der Kasse im Herbst 1925 hatte sich ergeben, daß der Rechnung Herz nicht nur für sich einen Kredit von 20.000 RM. in Anspruch genommen hatte, sondern auch der Harmonium- und Pianofabrik G. Goll UG. in Freiburg große Kredite gewährt hatte, die samt und sonders verloren gingen. Der Gesamtverlust der Kasse an Goll beträgt 520.000 RM., die Herz eigenmächtig kreditiert hat.

Dr. Mannheim, 29. Febr. Mit dem heutigen Tage tritt der Hauptkassier der Reichsbankhauptstelle Mannheim, Direktor Henry Volbt, wegen Erreichung der Altersgrenze von seinem Posten zurück. Von den 42 Jahren seiner Dienstzeit bei der Reichsbank hat Volbt 25 Jahre der Reichsbankhauptstelle Mannheim gewidmet; von 1903 bis 1910 war er hier als Kassier, ging dann als zweiter Vorstandsbeamter nach Würzburg, und kam 1914 in gleicher Eigenschaft nach Mannheim zurück. Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Direktor bei der Reichsbank, Eugen Firner, von der Reichsbankstelle Augsburg ernannt. Firner stammt von Wolfach.

Dr. Mannheim, 29. Febr. In der Redarstadt kam es am Sonntagvormittag auf der Mittelstraße zu Schlägereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, die in den Häuser Flugblätter verteilten. Dabei wurden ein 18jähriger Reichsbürger und ein 20jähriger Tagelöhner verletzt. Bei der Säuberung der Mittelstraße und der Nebenstraßen mußte die Polizei vom Gummiknüppel Gebrauch machen. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Dr. Baden-Baden, 29. Febr. Der Polizeibericht meldet: In der Nacht zum 28. Februar haben einige Mitglieder des Jungfaschismus von Baden-Baden und Gaggenau eine Marschübung nach den Batteriefelsen unternommen. Die hiesigen Teilnehmer wurden bei ihrer Rückkehr von der Polizei ermittelte. Die Personalien der Gaggenauer wurden am nächsten Tage festgestellt. Gegen die Täter wird strafend eingeschritten.

Dr. Oberkirch, 29. Febr. In der letzten Zeit sind im Mendtal in der nächsten Umgebung von Oberkirch Diebstähle in sehr beträchtlichem Umfang ausgeführt worden. Der Gendarmerie ist es nun gelungen, die Täter zu fassen. Es handelt sich um 19-jährige Burshen und um einen erst 14 Jahre alten Jungen. „Kommunistische Jugendabteilung“ nannten sich die Verbrecher. Am Tage wurden die einzelnen Pläne besprochen und zur Nachtzeit ausgeführt. Im Besitze der Bande fand man Einbrecherwerkzeuge, Taschenlampen, Dietriche, sogar Handschuhe fehlten nicht. Für die nächste Zeit war ein Einbruch ins Finanzamt Oberkirch geplant.

Dr. Freiburg i. Br., 29. Febr. Gestern nachmittag gegen 3.45 Uhr wurde ein sehr deutlich spürbarer Erdstoß wahrgenommen. Besonders in den Außenbezirken der Stadt, aber auch in der näheren Umgebung war die Erschütterung gut zu bemerken. Einem kurzen Stoß folgte ein einige Sekunden dauerndes Erzittern der Fußböden. Der Stoß verlief vermutlich in südwestlich-nordöstlicher Richtung.

Dr. Donaueschingen, 29. Febr. Bürgermeister Joseph Müller von Unterbränd, ist nach langem schwerem Leiden gestorben. 32 Jahre lang, seit 1899, leitete er die Geschäfte der Gemeinde.

bid. Engen, 1. März. Am Sonntag fand eine Abschiedsfeier für Landrat Dr. Hoffeing statt, der über vier Jahre hier wirkte und nun den Bezirk Waldshut übernimmt. Landrat Hoffeing erfreute sich hier großer Beliebtheit. Das ging schon daraus hervor, daß der große Lammsaal überfüllt war und die Bürgermeister des Bezirks vollzählig erschienen waren.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	1. März		29. Februar	
	Geld	Werte	Geld	Werte
Amsterdam 100 G.	169.68	170.02	169.73	170.07
Kopenhagen 100 Kr.	80.84	81.00	80.84	81.00
Italien 100 L.	21.88	21.92	21.88	21.92
London 1 Pf.	14.65	14.69	14.67	14.71
New York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.56	16.60	16.56	16.60
Schwiz 100 Fr.	81.49	81.65	81.40	81.56
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Prag 100 Kr.	12.463	12.485	12.463	12.485

Verlängerung des Ausleihkredits für die Reichsbank. Wie wir erfahren, haben die Verhandlungen zwischen Deutschland, der WZB und den Notenbanken von Amerika, England und Frankreich über die Verlängerung des Kreditkredits der

Reichsbank zu dem Ergebnis geführt, daß der Kredit (100 Mill. Dollar) für drei Monate auf der Basis einer Rückzahlung von 10 Proz. innerhalb dieser Frist verlängert wird.

Deutsche Goldbistontbank. Die Deutsche Goldbistontbank bleibt für 1931 bei einem Reingewinn von 9.069.000 M gegenüber 576.000 Pfund Sterling im Vorjahr dividendenlos, während für 1930 4 Prozent zur Verteilung kamen. Aus dem Reingewinn sollen 8,5 Millionen M dem Devisenfonds zugeführt, der Rest soll als Zuweisung zum Reservefonds verwendet werden. Die Exportkredite, die zu Beginn des Berichtsjahres 120 Millionen M betragen, erreichten am Ende 355 Millionen M. Im Berichtsjahr wurden 13.000 Wechsel im Wert von 462 Millionen M angekauft und 2500 Wechsel mit 70,4 Millionen M beliehen. Im Zusammenhang mit den Vorschriften über die Devisenbewirtschaftung nahm die Zahl von deutschen Exportfirmen oder ihren Verbänden rund 119.000 Wechsel in 41 verschiedenen Valuten mit einer Laufzeit von 3 bis 6 Monaten im Gesamtwert von 165 Mill. M herein.

Konkurse und Vergleichsverfahren im Februar. Nach Mitteilung des Stat. Reichsamts wurden im Februar 1932 durch den Reichsanzeiger 1091 neue Konkurse, ohne die wegen Massenausgangs abgelehnten Anträge auf Konkurseröffnung und 789 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für Januar 1932 stellten sich auf 1128 bzw. 751.

Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhestellungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Kraft Gesetzes treten in den dauernden Ruhestand:

Oberregierungsrat Franz Jurech im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Hauptlehrer Anton Reimann in Waltershausen.

In den einstweiligen Ruhestand versetzt:

Die Direktoren: Eugen Bargaßy an der Mädchenrealschule Baden, Geh. Hofrat Dr. Friedrich Blum am Gymnasium Baden, Dr. Fritz Buderer am Gymnasium Heidelberg, Robert Burger an der Humboldt-Hochschule Karlsruhe, Alexander Kanster am Realgymnasium i. Mannheim, Anton Karle am Gymnasium Karlsruhe, Geh. Hofrat Dr. Karl Martin am Realgymnasium Freiburg, Dr. Hermann Rieger am Gymnasium Mannheim, Hermann Steiger an der Realschule Emmendingen, Karl Stein am Realgymnasium Mosbach;

Die Professoren: August Burger am Realgymnasium Weinheim, Ernst Diesch und Jakob Wiltner am Realgymnasium Ettlingen, Julius Dör und Karl Widmer an der Kant-Oberrealschule Karlsruhe, Dr. Eugen Ehrmann und Ernst Werner an der Mädchenrealschule Heidelberg, Johann Fall am Gymnasium Lörrach, Dr. Ernst Frei am Gymnasium Karlsruhe, Konrad Geisinger an der Oberrealschule Heidelberg, Philipp Käffner und Raul Schäfer an der Realschule i. Mannheim, Emil Girsch und Emil Balthar am Gymnasium Heidelberg, Theodor Girt an der Oberrealschule Kastatt, Dr. Wilhelm Böck am Realgymnasium Kastatt, Dr. Karl Gofmann an der Humboldt-Hochschule Karlsruhe, Dr. Andreas Guntz am Gymnasium Donaueschingen, Georg Reizner und Dr. Hermann Schwarz an der Oberrealschule Forstheim, Leonhard Rann am Vertholdgymnasium Freiburg, Dr. Cesar Neff an der Realschule Baden, Karl Rahner am Friedrichsgymnasium Freiburg, Dr. Sigmund Reichenberger an der Realschule Karlsruhe, Franz Rottengatter am Gymnasium Durlach, Paul Sättle am Realgymnasium Waldshut;

Die Studienräte: Otto Autenrieth an der Lehrerbildungsanstalt Heidelberg, Adolf Schaaff am Realgymnasium Billingen;

Die Hauptlehrerinnen: Emma Ebermann am Realgymnasium Weinheim, Elisabeth Graumann an der Realschule Karlsruhe, Frieda Martin an der Mädchenrealschule Bruchsal; die Hauptlehrerinnen: Elise Daut an der Mädchenrealschule Heidelberg;

Direktor Hermann Schlegel an der Handelsschule in Lörrach; die Studienräte: Theodor Blas an der Gewerbeschule III, Mannheim, Eduard Lepper an der Handelsschule Forstheim, Otto Kapp an der Gewerbeschule Bruchsal, Karl Scherb an der Handelsschule Freiburg, Dipl.-Ing. Karl Schmidt an der Gewerbeschule Singen a. S.;

Gewerbelehrer Dipl.-Ing. Wilhelm Deutenmüller an der Gewerbeschule Durlach, Fachlehrer Karl Ahrenbacher an der Gewerbeschule II Karlsruhe;

Die Rektoren: August Arnold, Karl Bacher und Valentin Bauschbach in Mannheim, Josef Beck in Durlach, Karl Beisel in Durlach, Friedrich Deringer in Ettlingen, Hans Göttsch in Waldbrunn, Karl Giermann in Karlsruhe, Karl Frank und Fritz Gassert in Konstanz, Emil Gellert in Mannheim, Josef Maurer in Kastatt, Julius Pfeifer in Heidelberg, Eugen Ruy und Emil Sattler in Karlsruhe, Karl Seith in Baden, Josef Winter in Billingen, Albert Zimmermann in Waldshut (Ettlingen), Wilhelm Zweder in Heidelberg;

Die Oberlehrer: Julius Bader in Kitzingen, Karl Berger in Osterburken, Theophil Bruttin in Gernsheim, Otto Kreis in Gutach (Amt Waldshut), Ernst Laubenberger in Leutenberg, August Odenwald in St. Georgen (Amt Freiburg), Leonhard Renner in Ringolsheim;

Die Hauptlehrer: Karl Bader in Gutmadingen, Jakob Beder und Karl Brummer in Mannheim, Johann Egger in Rhina, Julius Grimm in Krozingen, Jakob Guntel in Mannheim, Max Güther in Lörrach, Luise Kaltenbach in Mannheim, Otto Keller in Merzhausen, Emil Kienzle in Wankholzen, Ludwig Müller in Freiburg, Franz Raver Aufgaber in Weilerbach, Otto Mühl in Hausen (Amt Schopfheim), Georg Schlez in Mannheim, Adolf Straub in Tauberbischofsheim, Eugen Wüls in Hartheim (Amt Staufen), Gregor Wigganhauser in Mannheim, Jakob Wilhelm in Schweighof, Ludwig Zilling in Mannheim;

Die Hauptlehrerinnen: Elisabeth Fuhr in Karlsruhe, Emilie Kreis und Marie Riermann in Mannheim, Anna Rieger in Billingen;

Auf Ansuchen in den einstweiligen Ruhestand versetzt: Die Professoren Emil Deterich am Realgymnasium Ettlingen, Wilhelm Schmittner am Gymnasium Forstheim, Studienrat Emil Schwarz an der Helmholz-Oberrealschule Karlsruhe;

Oberlehrer Erasmus Furtwängler in Ohlsbach, Hauptlehrer Johann Schütz in Hochhausen (Amt Tauberbischofsheim), Hauptlehrer Emil Fugazza in Meersburg;

Auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt: Studienrat Emil Schöne am Realgymnasium Mosbach.

E. Büchle Spezialhaus für Bilder u. Einrahmungen

Inh. W. Bertsch.

Ludwigsplatz Ecke Erbprinzenstr.

Bitte besichtigen Sie meine 5 Schaufenster.

Gute Ausführung bei

billigst. Berechnung

Große Auswahl

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 9

Preis: 10 Pfennig monatlich, 1 Mark jährlich, 10 Mark vierteljährlich, 30 Mark halbjährlich, 60 Mark jährlich, 100 Mark halbjährlich, 200 Mark jährlich, 300 Mark halbjährlich, 600 Mark jährlich, 900 Mark halbjährlich, 1800 Mark jährlich

1. März 1932

Rundschau

Keine neue Gehaltsföhrung — Die Aufgaben des DDB, 1932 — Soziale Arbeitsgemeinschaft — Hessen und Württemberg

In letzter Zeit sind verschiedentlich Gerüchte über eine neue Gehaltsföhrung aufgetaucht und haben ihren Weg auch in die Presse gefunden. So veröffentlichte der „Dresdener Anzeiger“ (1765 v. 24. Febr. 32) eine Zuschrift des „Landesverbandes der höheren Beamten Sachsens“, in der es heißt:

Dem Verband ist aus zuverlässiger Quelle bekannt geworden, daß die Reichsregierung in Fortführung ihrer „Deflationspolitik“ für Ende März eine erneute Gehaltsföhrung durch Notverordnung plant, der im Laufe des Sommers noch eine weitere folgen soll.

Der Deutsche Beamtenbund hat sich wegen dieser alarmierenden Nachricht mit dem Herrn Reichsfinanzminister Dietrich in Verbindung gesetzt. Bei dieser Gelegenheit hat der Minister erklärt, diese vom Landesverband der höheren Beamten Sachsens verbreitete Behauptung sei unklar. Dazu wird noch bemerkt, es habe der Vizekanzler und Reichsfinanzminister die Erklärung, daß eine erneute Gehaltsföhrung nicht geplant sei, in besonders drastischer Weise noch unterstrichen. Der „Beamtenbund“ bringt dies zur Kenntnis mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß, nachdem diese Erklärung mit so großer Bestimmtheit und Entschiedenheit abgegeben sei, keine Veranlassung bestehe, Zweifel in sie zu setzen, zumal auch die Reichsregierung selbst Interesse daran haben müsse, endlich einmal durch eine unzweideutige Stellungnahme diesen Gerüchten ein Ende zu machen.

Programmatifche Ausführungen über die Aufgaben des Deutschen Beamtenbundes 1932 machte dessen Vorsitzender in der ersten Sitzung des Geschäftsföhrernden Vorstandes am 4. Februar d. J. Von dem Standpunkt Beamtenpolitik ist Staatspolitik wie Volksnot Beamtennot ist, ausgehend, verbreitete er sich zunächst über die Wirtschaftskrise, in der sich das deutsche Volk und damit die deutsche Beamtenschaft befindet und die sich in dem geringen Beschäftigungsgrad, dem Rückgang des Arbeitseinkommens der Arbeiter, Angestellten und Beamten und dem Sinken der Indeziffer wichtiger Industriezweige ausdrückt. Letzte und tiefste Ursache dieser Krise sind die Reparationen. Sie sind aber nicht bestimmt worden von wirtschaftlichen Überlegungen, sondern diktiert von politischem Haß, von dem Willen, Rache zu nehmen an einem starken Gegner, an einem Gegner, den man auch noch fürchtete, als er schon überwunden war. Den Geist der Erkenntnis, daß Deutschland und die Welt nur wieder gefunden könne, wenn die Reparationszahlungen beseitigt werden, atmen auch die Völler Sachverständigen-Gutachten, diesen Geist haben auch viele Kreise außerhalb der Grenzen unseres Vaterlandes erfaßt. Amerika überlege zwar noch, ob es Europa etwas schenken soll, wenn dieses die erparten Summen unwirtschaftlich in Rüstungen anlege, die unter Umständen auch für Amerika eine Kriegsgefahr bedeuten. So sei die Reparationsfrage eng verknüpft mit der Frage der Abrüstung, erfreulich daher das starke und unzweideutige „Nein“ der deutschen Regierung gegenüber weiteren Forderungen. Darum auch die Parole des Deutschen Beamtenbundes: Weg mit den Reparationen!

Die fortschreitende Wirtschaftskrise berge auch eine staatspolitische Gefahr, denn sie treibe dem Radikalismus immer neue Scharen zu. Verrohung des politischen Kampfes sei die Folge. Aus dem Kampf der Geister ist ein Kampf der Schlagringe, der Knüppel und Pistolen geworden. Mitglieder des DDB könnten diese Art des Kampfes nicht billigen oder gar mitmachen; zu unterstützen wären alle die Kräfte, die ein Hort der Ordnung, Gesetzmäßigkeit und der wahren Freiheit sein wollen.

Was geschehen ist, um die deutsche Not noch zu verschärfen, ist zum Teil auch eigene Schuld, eine Folge planloser Wirtschaft. Deshalb ergibt sich für den Deutschen Beamtenbund als Aufgabe für 1932, mitzuarbeiten an planvoller Gestaltung der deutschen Wirtschaft. Die Opfer, die dabei von der Beamtenschaft verlangt wurden, sind bekannt; bei der Gelegenheit der Notverordnungen hat die ministerielle Bürokratie auch Bedingungspläne durchgebracht, die auf dem Weg normaler Gesetzgebung nicht zu gestalten waren; nebenher gingen verschiedene Rechtsverletzungen, die es nach und nach zu beseitigen gilt. Auch muß daran gedacht werden, die Menschen, die der DDB vertritt, auch wirtschaftlich zu ihrem Recht kommen zu lassen, sowie eine gesicherte Rechtsgrundlage für die Besoldung und deren Einheitlichkeit in deutschen Landen wieder zu gewinnen.

Der Beamtenpolitik sind Grenzen gesetzt. Den Forderungen der Beamten steht entgegen die Finanznot der öffentlichen Verwaltung; drum ist dafür zu sorgen, daß diesen die Mittel zufließen, die sie brauchen. Auch die Einstellung weiterer Volkswirtschaftlicher Arbeit über die wahre Lage der Beamtenschaft fortgesetzt und gezeigt werden, daß die gesicherte Position der Beamten längst weitgehend durchlöchert ist. In männlicher Ferne ist die Zeit, wo der Beamte das Vierteljahresgehalt vorausbezahlt erhielt, jetzt sind Teilzahlungen von Monatsbeträgen notwendig geworden, und in manchen Ländern geht man zur nachträglichen Zahlung auf Monatschluß über. Notwendig ist es, auch den Arbeitern und Angestellten eine bessere Einsicht in das Wesen und die Lage des Beamtenbundes zu vermitteln. Die größte und wichtigste Aufgabe aber ist, den rechten Ausgleich zu finden zwischen den Lebensinteressen des Volkes und des Staates und den Lebensinteressen des deutschen Berufsbeamtentums.

Die Soziale Arbeitsgemeinschaft deutscher Beamtenverbände hielt am 23. Februar eine sehr gut besuchte Funktionärsversammlung in Berlin ab. Neben dem einmütig befundenen Willen, jedem Versuch weiterer Gehaltsföhrungen entgegenzuwirken, beschloß sie die Tagung mit der Preisverteilung, die nicht annähernd den Ausgleich für die eingetretene Gehaltsföhrung gebracht habe. Die Preisverteilungen würden sich, soweit sie fühlbar werden, für die unteren Beamtengruppen bedeutend weniger auswirken als für die oberen Beamtenschichten. Auch die Arbeitslosigkeit von erwachsenen Kindern wirkte sie in bezug auf den Lebensunterhalt für den Beamten des unteren und mittleren Dienstes relativ stärker aus als für jenen des höheren Dienstes, weil die Beamten des höheren Dienstes nicht nur im allgemeinen weniger Kinder haben, son-

dern auch weil zum Unterhalt eines erwerbslosen Kindes der gering besoldete Beamte einen größeren Teil seines Gehalts aufzuwenden hat als der höhere Beamte.

Eine Unterredung, die der Chefredakteur des „Darmstädter Tageblatts“ mit dem hessischen Finanzminister dieser Tage gehabt hat, zeitigte, was die Unterhaltung über Beamtenverhältnisse betraf, die Feststellung, es seien bis zum letzten Jahr in Hessen 2700 Beamtenstellen abgebaut worden und es würden auch im neuen Voranschlag eine größere Anzahl Stellen wegfallen; dieser Abbau mache auch bei den Zentralbehörden nicht Halt und habe zum Teil ein Maß erreicht, das die Geschäftsföhrung der Ministerien schon fast gefährde. Die Regelung der Besoldungsbezüge, der Ansehgehälter und Hinterbliebenenversorgung erfolge in Hessen nach den Vorschriften der Reichsgesetzgebung. Es erscheine dem Finanzminister nicht angängig zu sein, die hessischen Beamten schlechter zu stellen als die Beamten des Reichs, der übrigen Länder und der Gemeinden; dies würde ohne Zweifel das Ansehen und die Leistungskraft der hessischen Verwaltung herabdrücken.

Bei einer politischen Aussprache im Württembergischen Landtag kam Staatspräsident Dr. Holz auf die Rechtsverhältnisse zwischen Staat und Beamtenschaft zu sprechen. Dabei führte er nach dem Bericht des „Staatsanzeigers für Württemberg“ u. a. aus: Der Beamteneid verpflichte den Beamten dem Staat gegenüber zur gleichen Verfassungstreue und zur gleichen Pflicht- und Amtstreue wie in der Vorkriegszeit. Ein Unterschied gegenüber früher bestehe in folgendem: In der Vorkriegszeit hatten wir ruhige politische und wirtschaftliche Verhältnisse und heute haben wir den leidenschaftlichen Kampf aller Parteien, den leidenschaftlichen Kampf in den Versammlungen, den leidenschaftlichen Kampf in der Presse. Daß sich diese leidenschaftliche Anteilnahme auch auf die Beamten überträgt, kann man nicht hindern. Und das macht das Verhältnis so schwierig: Man regiere, wer will, er wird immer vor diesen Schwierigkeiten stehen. Die württembergische Regierung hat sich immer auf dem Standpunkt gestellt, daß sie keinen Beamten duldet, der sich gegen die Verfassung stellt, und daß sie sich auch Beschimpfung der Regierung und ihrer Maßnahmen von seiten der Beamten nicht gefallen lasse. Nur mit Leidenschaft und leidenschaftlichen Kampfen finden wir den Weg aus der Not nicht, der Verstand und die Besonnenheit müssen den Regierenden den Weg zeigen, den wir gehen sollen. „Unsere Aufgabe als württembergische Regierung besteht darin, daß wir trotz der Schärfe des Kampfes die Besonnenheit nicht verlieren, sondern daß wir bewußt und gemißt mit jedem vernünftigen Menschen zusammenarbeiten, um den Weg aus diesem Elend herauszufinden.“

Die Unterbringung der Versorgungsanwärter in der Sozialversicherung

Seit Jahren bildet die Unterbringung der Versorgungsanwärter eine ernste Sorge der Verwaltungsstellen, namentlich auch bei den sozialen Behörden (Krankenkassen, Versicherungsanstalten usw.). Vielfach herrscht die Auffassung, als ob die sozialen Behörden sich gegen die Übernahme von Versorgungsanwärtern sträubten. Tatsächlich liegt der Grund für die Verlangsamung der Unterbringung hier in dem Umstand, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse schon seit längerer Zeit von den Trägern der Sozialversicherung äußerster Sparsamkeit bedürftig und keinen Raum für die Einstellung weiterer Kräfte ließen. Zahlreiche Statistiken der letzten Jahre beweisen, daß die Zahl der bei den Krankenkassen tätigen Beamten und Angestellten ständig sinkt. Ungezählte fachlich erstklassig ausgebildete und geprüfte Kräfte warten schon seit Jahren auf Unterbringung und Anstellung. Indessen geht der Schrumpfungsprozeß auch in der Sozialversicherung immer weiter, und zwar besonders durch die harten Eingriffe der letzten Notverordnung vom 8. Dezember 1931. Die für das Jahr 1932 bei den Krankenkassen aufgestellten Voranschläge weisen einen Einnahmerückgang bis zu 50 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf. Unmittelbare Folge hier von wird abermals Entlassung von Beamten und Angestellten sein, die das Heer der Arbeitslosen vergrößern helfen. Den reichsgeföhrlichen Krankenkassen ist es aus diesen Gründen in den nächsten Jahren nicht möglich, Versorgungsanwärter einzustellen, da zunächst die fachlich vorgebildeten und stellungswilligen Kollegen wieder untergebracht werden müssen. Die Verlängerung der Sperrfrist über die Einstellung von Versorgungsanwärtern bei Krankenkassen ufm. ist deswegen auch über den 1. April 1932 hinaus dringend geboten.

Zur Milderung der Junglehrer-Not

Die Schulverwaltung und Lehrerverbände in Berlin haben sich in einem Aufruf an die älteren Volksschullehrer gemeldet, um sie zu bewegen, sich zugunsten des stillungslosen Nachwuchses freiwillig pensionieren zu lassen. Dieser Appell an die Solidarität der Berufs Kollegen hat einen sehr großen Erfolg gehabt. Allein in Berlin reichten ungefähr 400 ältere Lehrer ihr Gesuch um Pensionierung ein, das waren rund 100 mehr als der Schöpfung der Schulverwaltung entsprach. Von den zum 1. Oktober entlassenen 500 Junglehrern konnten daraufhin wieder 60 in den Schuldienst eingestellt werden.

Neue griechische Besoldungsordnung

Nach Angaben der griechischen Tageszeitung „Patrie“ werden künftig bei den griechischen Gehältern alle bisher gezahlten Zulagen wegfallen, außer den Zulagen für Feiertags- und Nachdienst. Alle Beamte, die zwei Jahre in derselben Besoldungsklasse Dienst getan haben und die aus Mangel an einer freien Stelle nicht in eine höhere Klasse aufsteigen können, erhalten künftig 50 Prozent des Unterschiedsbetrages zwischen den beiden Besoldungsklassen ausgezahlt. Nur ein Beamter vier Jahre in ein und derselben Besoldungsklasse verharren, so erhält er persönlich nach Ablauf dieser Zeit das Gehalt der nächsthöheren Besoldungsklasse. Der zustehende Urlaub beträgt im allgemeinen jährlich 30 Tage. An Krankheitsurlaub wird im Höchstfalle bei vollem Gehalt eine Zeit von 12 Monaten gewährt. In schweren Fällen kann hier eine besondere Krankenbeihilfe bis zum Betrage von zwei Monatsgehältern gezahlt werden. Übersteigt die Lebensführung eines Beamten das gewöhnliche Maß, das nach seinem Dienstverdienst von ihm innegehalten werden müßte, so kann die vorgesetzte Behörde eine Unterjuchung darüber einleiten, aus welcher Quelle der betreffende Beamte noch Einkünfte bezieht.

Änderung der Rente für Kriegsbeschädigte Beamte

Gerabekung der Anrechnungsgrenze

Durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Änderung der Einkommensgrenze von § 62 des Reichsversorgungsgesetzes haben die Vorschriften über die Anrechnung von Einkommen aus öffentlichen Mitteln eine wesentliche Änderung erfahren, und zwar mit Wirkung vom 1. Januar 1932.

Der § 62 Abs. 1—3 des Reichsversorgungsgesetzes hat nunmehr folgenden Wortlaut:

(1) Hat ein Versorgungsberechtigter neben den Versorgungsgebrühen ein Einkommen aus öffentlichen Mitteln, so ruhen die Versorgungsgebrühen in Höhe der Hälfte des Betrages, um den dieses Einkommen 170 M monatlich übersteigt. Wird für eine Waise ein Kinderzuschlag (Kinderbeihilfe) gewährt, so rechnet er zum Waiengehalt.

(2) Den Schwerbeschädigten (§ 29 Abs. 1) bleiben jedoch mindestens vier Zehntel ihrer Versorgungsgebrühen, wenn das monatliche Einkommen die Einkommensgrenze (Abs. 1) um nicht mehr als 300 M übersteigt; übersteigt es diesen Betrag, so bleiben ihnen drei Zehntel ihrer Versorgungsgebrühen. Den übrigen Versorgungsberechtigten bleiben mindestens drei Zehntel der nach §§ 27, 28, 37 bis 50 und 51 zu gewährenden Gebrühen.

(3) Übersteigt das monatliche Einkommen eines Schwerbeschädigten den Betrag von 530 M (Abs. 2 Satz 1), bleibt es aber einschließlich der nicht ruhenden Rententeile hinter dem Betrage zurück, der sich unter Zugrundelegung eines monatlichen Einkommens von 530 M ergeben würde, so wird der Ansetzbetrag um diesen Unterschiedsbetrag ermäßigt.

Hessen hat den größten Andrang zum Hochschulstudium

Der Andrang zu den Hochschulen nimmt ständig zu. Allein im vergangenen Sommer studierten in Deutschland 10 000 Studenten mehr als im vorhergehenden Halbjahr. Auf 100 000 Einwohner entfallen nunmehr durchschnittlich 195 Studierende. Diese Durchschnittsziffer wird am stärksten überschritten im Freistaat Hessen, da auf je 100 000 Einwohner nicht weniger als 236 Studierende Hessen kommen. Am geringsten ist der Anteil der Studenten in Oldenburg und in Schaumburg-Lippe mit nur 148 bzw. 109 Studenten je 100 000 Einwohner.

Herren und Knechte der Wirtschaft von Wilhelm v. Kries, Verlag Deutsche Rundschau, Berlin W. 30. — Es ist nicht ein Buch, das ein geschlossenes System entwickelt, was der Verfasser in seinem Vorwort selbst zugibt. Er will, wie er sagt, vor allem „den Nichtigkeit aus materialistischer Verstrickung in menschliche und innerliche Freiheit weisen und dem Deutschen eine deutsche Anschauung der Wirtschaft zeigen“. Das Buch sei nur ein Wegweiser, der nicht mit dem Weg zu verwechseln sei. Das ist bescheiden und doch wieder nicht bescheiden. Inwieweit es dem Verfasser gelungen ist, Wegweiser zu sein, das mag der Leser dieses hochinteressanten und trotz aller Schwierigkeit des Stoffes leicht lesbaren Wertes selbst beurteilen. Das ist sicher, daß es jeden zum Nachdenken bringt und ihm Anregungen in reichster Fülle bietet, mag der Verfasser nun zum Widerspruch herausfordern oder mag man an anderen Stellen mit den klugen hochaktuellen Ausführungen gerne mitgehen. Wenn er als Objekt der Wirtschaft den Menschen und nicht die Ware bezeichnet, so werden wir ihm gerne zustimmen, und wenn v. Kries auf die Gefahren der Mechanisierung der Wirtschaft und des Staats hinweist, so kommt er auf das große menschliche und deutsche Problem unserer Zeit zu sprechen. Man lese nach, was er hierüber zu sagen hat. Sel.

Guled-Schuhbesohlung

ist dauerhaft u. wasserdicht!

Guled-Damensohlen 1,50
Guled-Herrensohlen 2,—
genäht, genagelt, geklebt

Zur Selbstbesohlung pro Paar von „50 RM. an Hebelstraße 15



Badisches Landestheater

Mittwoch, den 2. März 1932

*A 20 (Mittwochsmiete), 2h.

Gem. III. S.-Gr. 1. Hälfte

Neu einstudiert

Wallenstein

Von Schiller

Wallensteins Tod

Regie: Dr. Waag

Mittwoch: 8.15

Vertam, Ernath, Frauen-

dorfer, Seiling, Baumbach,

Brand, Dahlen, Ernst,

Gemmede, Herz, Hiel,

Höder, Henschel, Meeble,

Kuhne, Luther, Rehner,

R. Müller, Prüter, Schulze,

v. d. Xrenck, Grimm,

Mateo, Seibert

Anfang 19 $\frac{1}{2}$, Ende 22 $\frac{1}{2}$

Preise B 0,70—4,20 RM)

Do. 3.3. Wallensteins Tod,

Fr. 4.3. Wallensteins Ra-

ger — Die Piccolomini.

Sa. 5.3. Der Freischüt.

So. 6.3. Nachmittags: Der

Rosenkavalier. Abends:

Das Herz. Im Kongert-

haus: Zumeritenmal: Zur

goldenen Liebe.

Karlsruhe. 9.782

Güterrechtsregisterinträge.

1. Zu Band II, Seite 228:

Dr. Winnewisser, Georg K.,

Kaufmann, Karlsruhe und

Jena geb. Fischer. Vertrag

vom 21. Januar 1932. Gü-

tertrennung. 22. II. 32.

2. Seite 229: Jegle Hein-

rich, Fabrikarbeiter, Karlsru-

ruhe-Kirchheim und Paula

geb. Schleifer. Vertrag

vom 24. Januar 1932. Gü-

tertrennung. 27. II. 32.

Antsgericht Karlsruhe.

Schwödingen. 9.842

Güterrechtsregisterinträge

Band III, Seite 10: Geschwilt

Johann Philipp, Händler in

Brühl u. Anna geb. Bürger.

Vertrag vom 24. Februar

1932. Gütertrennung.

Seite 11: Eick Michael,

Arbeiter in Pfaffstadt und

Hilje geb. Kaufg. Vertrag

vom 24. Februar 1932.

Gütertrennung.

Schwödingen, 26. II. 1932.

Bad. Amtsgericht I.